

Kreditaufnahme verweigert

CDU kippt Pläne zur Gründung von Stadtwerken

Rietberg (bv). Der Plan, in Rietberg eigene Stadtwerke zu gründen, ist vorerst vom Tisch. CDU und FDP haben den Vorschlag der Verwaltung, den 51-prozentigen Netzerwerb über eine Kreditaufnahme in Höhe von neun Millionen Euro zu finanzieren, am Dienstag im Stadtrat mehrheitlich abgelehnt.

Vor vier Monaten hatten alle Fraktionen im Rat nahezu einstimmig beschlossen, die nötigen Vorbereitungen zur Gründung eigener Stadtwerke in die Wege zu leiten. Erst in fünf Jahren ist die nächste Sonderkündigung des bis 2025 laufenden Konzessionsvertrags mit der RWE möglich.

Nachdem die Christdemokraten das Verfahren monatelang mitgetragen hatten, gaben sie jetzt ihren Ausstieg aus dem Projekt bekannt. Bürgermeister Andreas Sunder reagierte überrascht: „Es war immer klar, dass wir uns für den Netzan Kauf Geld leihen müssen.“

Erst am Dienstag, als die Ratsmitglieder über die geplante Kreditaufnahme zu beschließen hatten, habe der Fraktionsvorsitzende Detlev Hanemann ihn über den plötzlichen Sinneswandel der CDU in Kenntnis gesetzt. Sunders Hinweis, die geplanten Schulden seien „rentierlich“, da der Netzerwerb genügend Gewinne abwerfe, um das Darlehen abbezahlen zu können (rund 200 000 Euro jährlich – bei einer

Laufzeit von 17 Jahren insgesamt 3,4 Millionen Euro) konnte die Entscheidung der CDU-Fraktion ebenso wenig kippen wie die Feststellung: „Wir haben eine feste Rendite und eine Mindestrendite, so etwas wie einen doppelten Boden, der uns unabhängig von der Entwicklung des Geschäfts Sicherheit über die gesamte Laufzeit bietet.“

Auch dem Argument, dass die Stadt Rietberg durch den Netzan Kauf ein Vermögen erhalte, das über die gesamte Laufzeit der angedachten Netzgesellschaft mit der RWE durch Investitionen wertstabil gehalten werde – über Netzentgelte refinanziert – und der Aussicht auf zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen durch das neu gegründete Unternehmen (rund 100 000 Euro) vermochte sich die CDU nicht zu öffnen. Mit der erneuten Kreditaufnahme – Stadtkämmerer Dieter Nowak bezeichnete den auf 9 Millionen Euro bezifferten Kaufpreis als „sehr, sehr günstig“ – hätte sich der Schuldenstand der Stadt auf 18,3 Millionen Euro erhöht.

Bereits 2011, als der Konzessionsvertrag für Strom und Gas mit der RWE neu unterzeichnet wurde, „waren wir kurz davor, dieses Netz zu übernehmen“, erinnerte Sunder. Im Verlauf des vorigen Jahres sei dieser Schritt in der Verwaltung, in einer Arbeitsgruppe und unter Einbeziehung des Rats sowie der Öffentlichkeit intensiv vorbereitet worden.



Umstrittene Entscheidung: Das Sonderkündigungsrecht im Konzessionsvertrag mit der RWE kann erst zum Ende des Jahres 2018 wieder in Anspruch genommen werden. Bild: Vredenburg

„Irrational und nicht sachbezogen“

Rietberg (bv). Irmgard Bartels (CDU) betonte, auch jetzt noch zu den bereits gefassten Beschlüssen zu stehen. Erst seit kurzem aber seien die betriebswirtschaftlichen Zahlen, die „zum Nachdenken und einer anderen Einschätzung der Lage“ geführt hätten, bekannt.

Evelyn Dahlke (FDP) sieht die Lebensqualität der Rietberger durch eigene Stadtwerke nicht deutlich verbessert, während Detlev Hanemann (CDU) in dem Vorhaben „einige Risiken“ vermutet, „die hier nicht deutlich

dargestellt sind“. Bei der CDU überwiege Vorsicht vor Euphorie. Gerd Muhle (SPD) warf CDU und FDP vor, sich nicht dem Wohl der Bürger, sondern dem der Versorgungsunternehmen und Aktionäre verpflichtet zu fühlen und unterstellte beiden Fraktionen wahltaktische Beweggründe.

„Ein Wirtschaftsunternehmen würde bei einem derart günstigen Vertrag mit einer derart garantierten Rendite nicht eine Sekunde zögern“, sagte Jürgen Don (FWG). Mit wirtschaftlichen Gründen zu argumentieren, sei

absurd. „Was hier abläuft ist nicht mehr rational, sondern irrational und nicht sachbezogen.“ Mit diesen Worten fasste Hardy Vormittag (Bündnis 90/Die Grünen) die Stimmung im Ratssaal zusammen. Sein Vorschlag an die CDU: Sich nicht von Sorgen und Ängsten leiten zu lassen, sondern sich noch einmal informieren und beraten zu lassen. Sein Antrag, die Entscheidung über die Kreditaufnahme zu vertagen, wurde abgelehnt. Muhle meinte: „Viel leicht sollten wir das dem Wähler überlassen.“